

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Druckerei: Anzeiger Nr. 22.

Regierungspreis für die Lebensversicherungsgesellschaft für Anzeigen aus dem Erzgebirge. — Druckerei: Anzeiger Nr. 22.

Telegraphen: Telegraphen-Anzeiger. Inhaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1498

Nr. 132

Mittwoch, den 8. Juni 1932

27. Jahrgang

Ein Rechtfertigungsversuch Brüning's

Gegenklärung zur Regierungserklärung des neuen Kabinetts

Berlin, 6. Juni. Der frühere Reichskanzler Dr. Brüning und die übrigen Mitglieder seines Kabinetts veröffentlichten in der „Germania“ eine Erklärung, in der sie sich mit den in der Eintrittserklärung der neuen Regierung gegen sie erhobenen Vorwürfen auseinandersetzen. Diese Vorwürfe gingen dahin, daß die Finanzen erschüttert, die Sozialversicherung bänkelt, die Reformen über schwache Ansätze nicht hinausgeführt worden seien und das staatliche Leben nicht an die Armut der Nation angepaßt sei. In der Antwort sagen die abgetretenen Minister u. a.: Bei seinem Amtsantritt vor mehr als zwei Jahren fand das Kabinett Brüning eine gewaltige schwebende Schuld vor. Dazu kam eine Weltwirtschaftskrise, die sich von Monat zu Monat verschärfte. Andere Staaten haben in den letzten Jahren entweder von Reserven gelebt, die Deutschland fehlten, oder neue Schulden großen Stils gemacht, was für Deutschland sachlich falsch und praktisch ausgeschlossen war. In derselben Zeit mußte die Sanierung von Banken, Industriewerken, Schiffahrtsgesellschaften und zahllosen Genossenschaften in Handwerk und Landwirtschaft unter Aufwendung von Hunderten von Millionen RM durchgeführt werden. In dieser Lage haben wir in den Jahren 1930 bis 1932

wenig konfretet und dabei doch aufgeregt Sprache des Aufbaus der neuen Regierung ab.

Das „Berliner Tageblatt“ spricht von Brüning's Gegenangriff, den es eine „verdiente Zurückweisung“ nennt.

Der „Vorwärts“ führt aus, es dürfe in diesem Augenblick unerörtert bleiben, inwieweit die Taten, denen sich die alte Regierung rühmt, wirklich rühmendwert sind. Entscheidend sei die Tatsache, daß diese Regierung von Krediten gestützt wurde, denen sie noch viel zu sozial und staatssozialistisch, dafür aber „zu wenig national und christlich“ war.

Die „D.N.Z.“ bezeichnet die Erklärung Brüning's als einen in der deutschen politischen Geschichte noch nie dagewesenen Fall. Wenn das Kabinett Brüning das Rezept gefunden habe, um mehr als eine halbe Million Menschen wieder in den Arbeitsprozeß einzufügen, dann müsse man sich fragen, weswegen diese außerordentliche Tatsache dem deutschen Volk erst mitgeteilt werde, nachdem die Regierung bereits zurückgetreten sei.

Der „Völkischer Anzeiger“ meint, was die Erklärung über die letzten Absichten des Kabinetts sage, sei eine sehr optimistische Ausdeutung der Beabsichtigten Notverordnung.

Der „Tag“ ist der Ansicht, daß diese Gegenklärung eine scharfe Zurückweisung verdiene. Der Postträger Brüning habe sich einen miserablen Dienst erwiesen.

Das „ängstliche“ Frankreich

Bainlevés Vorschlag zur Bereinigung der Reparationsfrage

Frankfurt a. M., 6. Juni. Bainlevé, der neue französische Luftfahrtminister und Vorkämpfer des Rates für nationale Verteidigung, hatte mit dem Vertreter des „Frankfurter Generalanzeigers“ am ersten Tage des neuen Ministeriums eine längere Unterredung. Auf die Frage des Korrespondenten über die sogenannte Ausgleichskasse erklärte Bainlevé:

Frankreich hat Anspruch auf die deutschen Leistungen; Deutschland kann aber gegenwärtig nicht zahlen. Das Fortbestehen der Forderung vergiftet die Beziehungen. Es ist notwendig, die Luft zwischen den beiden Völkern zu reinigen.

Wenn jedoch Frankreich für alle Zeiten bedingungslos verzichtet, besteht die Möglichkeit, ja die Wahrscheinlichkeit, daß Deutschland auf Grund seiner besseren technischen Ausrüstung und überdies von allen Lasten befreit, in einen wirtschaftlichen Konkurrenzkampf tritt, der für die jetzigen Gläubiger Deutschlands, die auf ihre Forderung verzichtet haben, eine schwere Gefahr bedeuten würde.

Wenn jedoch ein Verzicht ausgesprochen werden soll, muß gegen diese Möglichkeit ein Schutz geschaffen werden, ein Ausgleich. Ich habe dafür das Wort Ausgleichskasse gebraucht, das offenbar so viele Mißverständnisse hervor-

rufen. Um den Ausgleich zu schaffen, ist ein Wohlstandsindex notwendig. Was ist das beste Meßinstrument für die Wohlfahrt eines Landes? Der Verkehr. Wenn also die deutschen Verkehrsmittel, Eisenbahnen und Handelsschiffahrt, in ein internationales System einbezogen würden, ist eine Gewähr gegeben, daß im Falle eines starken Aufschwühs der deutschen Wirtschaft auch die anderen Staaten teilnehmen. Eine solche Internationalisierung der Verkehrsmittel würde eine Beschränkung für die allzu stark wirtschaftliche Entfaltung der einen Seite und einen Ausgleich für die wirtschaftlich Schwächeren bilden. Als Vorbild könne die Organisation der französischen Eisenbahnen gelten, für die mit Rücksicht auf die staatliche Ausfallhaftung schon jetzt ein Ausgleichssystem besteht.

Auf die Frage des Korrespondenten, ob er die Möglichkeit eines französischen Verzichts sowohl auf die geschuldeten wie auf die ungeschuldeten Jahresleistungen in Erwägung gezogen habe, erwiderte Bainlevé: Ja, unter zwei Bedingungen, daß Amerika der Streichung zustimmt, und zweitens, daß irgendein Ausgleichssystem gegen eine allzu starke Entfaltung der deutschen Wirtschaft geschaffen wird.

Die Kabinettsberatungen

Berlin, 6. Juni. Der heutige Montag ist von den Ministerien dazu benutzt worden, die Vorlagen für die neue Notverordnung in Ressortbesprechungen vorzubereiten. Namentlich haben im Reichsfinanzministerium die maßgebenden Instanzen unter dem Vorsitz von Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk den ganzen Tag über die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung des Etats und der Kassensituation beraten. In politischen Kreisen wurde heute aber lebhaft erörtert, ob zu dieser Vorlage des Finanzministeriums auch die Beschäftigtensteuer gehören wird. Etwas Näheres war darüber noch nicht zu erfahren. Sicher ist aber, daß Graf Schwerin entsprechend der einzigen Bedingung, die er bei der Übernahme seines Amtes gestellt hat, alles aufbieten wird, um einen Ausgleich der öffentlichen Finanzen herbeizuführen. Ebenso haben im Reichsinnenministerium und in den übrigen Ressorts heute mehrere Besprechungen stattgefunden, so daß also das Reichskabinett, wenn es morgen nachmittags zusammentritt, alle Unterlagen vorfindet, um die Notverordnung noch im Laufe dieser Woche fertigzustellen.

Präsident Schaeffer zum Reichsarbeitsminister ernannt

Berlin, 6. Juni. Der Herr Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, Schaeffer, zum Reichsarbeitsminister ernannt.

Berlin, 6. Juni. Der heute zum Reichsarbeitsminister ernannte Präsident des Reichsversicherungsamtes und des Reichsverwaltungsgerichtes, Hugo Schaeffer, hat dieser Tage 57 Jahre alt wird, ist bisher politisch noch nicht hervorgetreten. Er gilt als hervorragender Sachkenner aller im Reichsarbeitsministerium zu bearbeitenden Materien. Der neue Minister hat seine reichen Erfahrungen auf dem Gebiete der Wirtschaft in führenden Stellungen der rheinischen Industrie wie auch im höheren Verwaltungsdiens erworben. Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Erlangen und Berlin trat er zunächst in die Dienste der Firma Krupp, kam dann in den höheren Verwaltungsdiens in Württemberg, war von 1919

Reichstagsneuwahlen am 31. Juli

Berlin, 6. Juni. Der Herr Reichspräsident hat durch Verordnung vom heutigen Tage den Termin für die Neuwahlen des Reichstages auf Sonntag, den 31. Juli, festgesetzt.

bis 1916 Verwaltungsrat im württembergischen Innenministerium, ab 1916 stellvertretender württembergischer Bundesbevollmächtigter und dann Ministerialdirektor und stellvertretender württembergischer Bevollmächtigter zum Reichstag. Im Jahre 1922 und 1923 während des Ruhrkampfes leitete er die Finanzen der Firma Krupp. Im März 1924 wurde er dann in das Amt des Präsidenten des Reichsversicherungsamtes und des Reichsverwaltungsgerichtes berufen.

Aufruf des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter

Wochum, 6. Juni. Der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands hat einen Aufruf erlassen, in dem er u. a. von einer Beunruhigung in der Arbeiterschaft durch die neuere politische Entwicklung spricht. Der neue Kurs, so heißt es, richtet sich hauptsächlich gegen die soziale und politische Gleichberechtigung der Arbeitnehmer. Der Aufruf würdigt dann die Erfolge des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter auf sozialpolitischem und politischem Gebiet und glaubt feststellen zu müssen, daß sich „der neue Kurs“ trotz nationaler Leistungen der Gewerkschaften gegen Arbeitnehmerchaft und Gewerkschaften richte.

Der Kanzler und die Regierungsbildung in Preußen

Berlin, 6. Juni. Wie wir erfahren, hat Reichskanzler von Papen heute abend eine Aktion eingeleitet, die den Versuch darstellt, in Preußen so bald wie möglich zur Bildung einer parlamentarischen Regierung zu gelangen. Der Kanzler empfindet nämlich den Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Jünger, um ihm seine Ansicht über die Notwendigkeit einer schnellen Regierungsbildung in Preußen darzulegen, eine Notwendigkeit.

Dr. Sach-
8. Lang,
Hartmann,
11. 11. 11.
H. Biersel,
Joh. Aus,
b. Lann,
Dr. Sach-
Hartmann,
1. Bicker,
Thalheim.

Die Auf-
berichtet,
gebracht,
ist getan
ste man
pöbellich
Wollen
angewandt
Seiten
der dem
den Be-
auf einer
sel ins
Schiffe
Häufige
machen
zu spät.
staunten
selmann
in an
zu den

id. Mit
letter für
A.: Brück-
Konzeri,
abgang,
heimischen
11. 11. 11.
Landwirt-
des Witten
Wetter.

Blätterstimmen zur Erklärung Brüning's

Berlin, 7. Juni. Die Erklärung der früheren Reichsregierung findet in fast allen Blättern lebhafte Beachtung. Die „Germania“, die die Erklärung „Die Wahrheit“ überschreibt, würdigt das Wort Brüning's in einem ausführlichen Artikel. Ferner ab von irgendwelchen Sonderinteressen — nicht einem einzigen war er irgendwie auch nur in der losen Form verbunden — sei seine Arbeit auf die Totalität der nationalen Gesamtinteressen gerichtet gewesen. Wie kaum ein anderer sei er bestrebt gewesen, das Staatswohl durch eine Zeit beständiger sozialer und wirtschaftlicher Wandlung zu führen.
Die „Völk. Ztg.“ sagt, die Erklärung habe angenehm von der